

# TauBlog

Écrasez l'infâme!

## Unschuldslämmer wollen Frieden schließen

André Tautenhahn · Saturday, August 18th, 2012

Der Chef der Schweizer Großbank UBS, Axel Weber, will erreichen, dass der deutsche Fiskus mit seinen Steuerbürgern [Frieden](#) schließen kann. Dafür müsse das Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland recht bald ratifiziert werden. Gleichzeitig distanziert sich der Ex-Bundesbankchef aber von dem Vorwurf, die UBS würde Deutschen bei der Steuerhinterziehung behilflich sein. Wieso aber, frage ich mich, braucht es dann noch ein Abkommen, in dem eine großzügige Amnestieregelung verabredet wird?

Damit soll ein Schlussstrich unter die Vergangenheit gezogen werden, sagt Weber. Doch gerade das darf nicht passieren, weil es die Aufarbeitung von Sachverhalten, die Anklage von Straftätern und damit auch deren Bestrafung verhindert. Offensichtlich bereiten sich verschiedene Staatsanwaltschaften auf Verfahren vor. Das würde sie nicht tun, wenn keinerlei Verdacht bestünde. Dass gerade die UBS kein Unschuldslamm ist, hatte ja bereits ein [Mitarbeiter](#) der Bank vor einem amerikanischen Gericht gestanden.

Doch viel interessanter als der Streit um ein Steuerabkommen, der ja nur aus Gründen des Wahlkampfes geführt wird, ist doch auch die Frage, ob es überhaupt noch einer solchen Vereinbarung bedarf. Denn relativ unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit hat die Schweiz am 17. Juli der Neuauslegung des [OECD-Musterabkommens](#) zur Vermeidung von Doppelbesteuerung in Paris zugestimmt. (Quelle: [WOZ](#))

In diesem Abkommen wurde ebenfalls im Juli 2012 der Artikel 26 "Informationsaustausch" überarbeitet. Demnach hätte nach Überzeugung von Experten beispielsweise Deutschland als "ersuchender Staat" das Recht zu entscheiden, welche Informationen relevant seien und welche nicht. Folglich müsse die Schweiz als "ersuchter Staat" praktisch jede gewünschte Information liefern, Bankgeheimnis hin oder her.

Doch einen Trend in Richtung eines automatischen Informationsabgleichs ist natürlich nicht im Sinne der Banken, von denen auch die Idee der Abgeltungssteuer stammt. Es scheint auch nicht im Sinne deutscher Finanzpolitiker wie Schäuble zu sein, die nach wie vor auf ein Abkommen drängen, das SteuerdelinquentInnen ermögliche, abzuschleichen, wie es SP-Finanzpolitikerin Margret Kiener sagt.

*Darüber hinaus würden sie auch noch mit Anonymität und "tiefen Ablasssteuern" belohnt: "Wenn Steuerbetrug keine Strafverfolgung mehr erfährt, stecken wir mitten in der Korruption."*

---

This entry was posted on Saturday, August 18th, 2012 at 3:24 pm and is filed under [Nachrichten](#). You can follow any responses to this entry through the [Comments \(RSS\)](#) feed. Both comments and pings are currently closed.